



Aktuelle Stunde - 2.12.2010

zum Antrag der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN –  
**Modellvorhaben Gemeinschaftsschule** – verbunden mit dem  
Antrag der FDP – **Die sogenannte Gemeinschaftsschule ist  
keine tragfähige Lösung vor Ort**

Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion  
Renate Hendricks MdL

anlässlich  
der Plenarsitzung am 2. Dezember 2010

Es gilt das gesprochene Wort

## Anrede

Kurz vor der Veröffentlichung der neuen PISA Ergebnisse am 7. Dezember bescheinigt der internationale Koordinator der Studie Andreas Schleicher im Gespräch mit der Wochenzeitung DIE ZEIT der deutschen Bildungspolitik "Riesenfortschritte" seit dem sogenannten Pisa-Schock im Jahr 2001.

Ich zitiere aus der Zeit von heute:

„Deutschlands Schüler schnitten damals im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ab, und die Leistung der Schüler war hierzulande extrem stark an die soziale Herkunft gekoppelt. Früher habe er in Deutschland Empörung ausgelöst, sagt Schleicher, wenn er Bildungsangebote schon im Kindergarten vorschlug, inzwischen bestreite auch hierzulande niemand mehr die Notwendigkeit frühkindlicher Bildung. Auch Bildungsstandards, für die er damals plädiert hatte, gebe es heute in Deutschland, sowie regelmäßige Vergleichsarbeiten. "Heute hat sogar Nordrhein-Westfalen ein Zentralabitur", lobt Schleicher. Und bei der Schulstruktur setze sich das Zweisäulenmodell durch.“

Dem deutschen Bildungssystem wird nicht zuletzt durch die Bildungsstudien ein Mangel an Chancengerechtigkeit bescheinigt. Das Ziel der Chancengerechtigkeit ist umso schwerer zu erreichen, je früher Kinder auf unterschiedliche Schulformen und in verschiedenen Bildungsgänge aufgeteilt werden.

Herr Schleicher beklagt zudem, dass es keinen Ministerpräsidenten oder Ministerpräsidentin gibt, die Bildungspolitik zur Chefsache gemacht habe, da irrt Schleicher, denn in Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Kraft deutlich gemacht, dass Bildung Chefsache ist.

Mit dem Modellvorhaben „Gemeinschaftsschule“ hat diese Landesregierung nun vielfältige Beachtung erfahren.

In einem umfassenden Leitfaden, der auf der Internetseite des Schulministeriums eingestellt ist, können Kommunen, Schulen, Eltern und alle Interessierten sich über das Modellvorhaben Gemeinschaftsschule informieren. Die Interessensbekundungen, Nachfragen und Anträge machen deutlich, dass es ein hohes Bedürfnis vor Ort gibt, zukunftsfähige Schulangebote zu gestalten. Und zwar pragmatisch und parteiübergreifend. Dies scheint mit dem Modellvorhaben Gemeinschaftsschule vor Ort zu gelingen. Wenn man einmal von den Einlassungen der Opposition im Landtag absieht, ist die Einigkeit vor Ort deutlich größer.

Die Chancen werden erkannt und die Notwendigkeit einer übergreifenden Schulentwicklung ist Voraussetzung für die Sicherung eines umfassenden Bildungsgangangebotes in den Regionen.

Genau diese zukunftsweisende Schulpolitik hat in der letzten Legislaturperiode gefehlt. Mit der Hauptschuloffensive sind falsche Erwartungen und Weichenstellung – auch vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Lage der Kommunale im Land gestellt worden. Das Resultat sehen wir heute. Im Schuljahr 2009/2010 sind 49,2 Prozent der Hauptschulen nach der Definition „kleine Schulen“ nicht mehr in der Lage die erforderliche Schülerzahl zu erreichen. Dies gilt zudem für 31,9 Prozent der Realschulen und für 15,5 Prozent der Gymnasien.

Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen Wandels in den Regionen unterschiedlich - aber konstant - fortsetzen.

Dabei fällt auf, dass das Übergangsverhalten in den Regionen mit dem tatsächlichen Schulangebot korrespondieren. Dort wo die Eltern weiterführende Angebote wählen können, wählen sie diese für ihre Kinder. Derzeit besuchen in NRW 33% aller Kinder ein Gymnasium, in den Großstädten werden Übergangsquoten von über 60 Prozent erreicht. Die Übergangsquoten landesweit an die Hauptschule sind noch einmal gerade 13,3 Prozent.

In den Großstädten werden oft nur noch 8%.

Mit der Änderung des Schulgesetzes durch die alte Landesregierung wurde den Kommunen die Möglichkeit genommen, alle Schulformen zu Verbundschulen zusammen zu fassen und damit flexibel auf Notwendigkeiten in den Regionen zu reagieren. Eine krasse Fehlentscheidung. Dies ist auch in der Anhörung im Landtag in der letzten Woche von den Kommunen heftig beklagt worden. Insofern begrüßen die kommunalen Spitzenverbände unisono die Möglichkeiten, die durch das Modellvorhaben Gemeinschaftsschule vor Ort entstehen.

Das es Abstimmungs- und Verhandlungsprobleme in Einzelfällen vor Ort gibt, ist richtig, aber viele dieser Probleme existierten auch schon vor dem Angebot der Gemeinschaftsschule.

Die Planung einer Gemeinschaftsschule erfordert eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung in der Region. Dies ist gewollt und sinnvoll auch im Hinblick auf den Umgang mit Ressourcen in unserem Land.

Derzeit ist zudem bundesweit eine Erosion des gegliederten Schulsystems festzustellen. Ausgehend von der Hauptschulen und dem Bemühen insgesamt mehr Qualität zu erreichen. In etlichen Bundesländern lässt sich zurzeit der Trend zu einer Neustrukturierung im Hinblick auf ein zweigliedriges Schulsystem feststellen.

Lassen sie mich aktuell einen Blick nach Niedersachsen werfen, wo eine CDU/FDP Koalition regiert.

Vielleicht, meine Damen und Herren von der FDP sollten sie, das fachliche Gespräch mit ihren Kollegen in Niedersachsen suchen.

Nach den Plänen der Landesregierung von Niedersachsen soll es eine neue Oberschule geben. Diese muss mindestens zweizügige sein.

Zusammengeführt werden Haupt- und Realschule.

Die Oberschule ersetzt die jetzigen Haupt- und Realschulen.

Bei Bedarf kann sie um einen gymnasialen Zweig erweitert werden, in diesem Fall muss sie aber mindestens dreizügig sein.

Das würde analog den Regeln der Gemeinschaftsschule in NRW entsprechen. Die Oberschule soll als Ganztagschule mit teilweise verpflichtendem Unterricht geführt werden, zudem erhalten alle sozialpädagogisches Fachpersonal und eine bessere Schüler-Lehrerrelationen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Karl-Heinz Klare äußerte sich in Hannover zur Oberschule wie folgt: Sie ist hochattraktiv, weil sie alle schulische Angebote beinhaltet und alle Abschlüsse vergeben kann. Dies gilt für die Gemeinschaftsschule in NRW analog. Klare setzte seine Ausführungen fort, die Oberschule ist ein wichtiger Schritt für den Schulfrieden.

Die Gemeinschaftsschule will längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Sie soll eine Ganztagschule sein, die gymnasiale Standards mit einschließt.

In ihr sollen alle Schülerinnen und Schüler in den Klassen 5 und 6 gemeinsam unterrichtet werden. Danach sollen die Schulen entscheiden, ob es integriert weitergeht oder ob nach Bildungsgängen differenziert wird. Die Entscheidung über die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen soll bei den Kommunen liegen. Gemeinschaftsschulkonzept sind zudem an die jeweilige lokale Situation angepasst und können selbstbestimmt entwickelt werden. Die Gemeinschaftsschule muss eine Kooperation mit einer Oberstufe nachweisen oder kann ab einer Vierzügigkeit auch eine eigene Oberstufe bilden.

Die Nachfrage und Interessensbekundungen aus dem Land machen deutlich, dass wir mit der Gemeinschaftsschule ein Angebot geschaffen haben, was von den Kommunen gebraucht und nachgefragt wird. Die erste Gemeinschaftsschule ist genehmigt. Der CDU Bürgermeister aus Ascheberg hat die Schule gemeinsam mit Ministerin Löhrmann vorgestellt. Weitere Genehmigungen werden folgen. Mit dem Modellvorhaben beschreiten wir einen Weg, den die alte Landesregierung bei der Einführung der Kompetenzzentren beschritten hat. Modelle sind nach § 25 des Schulgesetzes möglich und geben uns wie ihnen den Spielraum, wichtige Weichenstellungen auszuloten und vorzubereiten.

Es wäre schön, wenn sie sich, meine Damen und Herren von der Opposition mit uns gemeinsam auf den Weg machen würden, die Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen und einen Schulfrieden in NRW pragmatisch zu ermöglichen. Das wäre verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Bevölkerung und würde ein gutes wohnortnahes Schulangebot in NRW sichern.